

Haushalt 2016

Horst Schuh, CDU-Gemeinderatsfraktion, 15. Dezember 2015

Der HH 2016 ist insoweit etwas Besonderes, da er der letzte kameralistische HH ist, bevor auch die Stadt Rottenburg im Jahr 2017 das neue Haushalts- und Kassenrecht anwenden wird. Doch keine Sorge oder Hoffnung, auch mit dem neuen HH-Recht wird die alte, aber sehr einfache Regel, „man kann nicht mehr ausgeben als man einnimmt“, nicht außer Kraft gesetzt.

Da auch mit dem HH 2016 die Erfolgsgeschichte fortgeschrieben wird und der 6. Rekordhaushalt in Folge vorliegt, könnte ich meine Rede kurz halten und sagen: „Prima, weiter so!“. Doch bei genauerer Betrachtung der Zahlen und Entwicklungen hat die CDU-Fraktion zwei kritische Fragen zu stellen:

- Ist die Entwicklung des Verwaltungshaushalts, also des konsumtiven Haushalts, noch vertretbar?
- Hat der GR als Souverän angesichts aufgebrauchter Rücklagen und dem Ziel, keine neuen Schulden zu machen, noch genügend Beteiligungsmöglichkeiten?

Die erste Frage möchte ich zunächst an ein paar Zahlen verdeutlichen. Eine wesentliche Ausgabe, 20,72 % des Verwaltungshaushalts, sind die Personalausgaben. Sie sind seit 2010 um rd. 28 % gestiegen. Der Anstieg im HH 2106 beträgt 8 % oder 1,36 Mio €. Ich möchte dabei nicht die Notwendigkeit neuer Stellen in Frage stellen, wir beantragen heute ja auch eine 0,55 Stelle. Sondern ich möchte einfach deutlich machen, ungebremst kann es so nicht weiter gehen. Da Tarifergebnisse schwer zu beeinflussen sind, sollte man noch kritischer den Bedarf und die Eingruppierung neuer Stellen untersuchen sowie auch die Notwendigkeit vorhandener Stellen auf den Prüfstand zu stellen.

Ähnlich verhält es sich mit den Ausgaben für Bewirtschaftungskosten und der Entwicklung des Unterhaltungsaufwands mit rd. 8,5 Mio € oder rd. 9,65 % des Verwaltungshaushalts. Hier sind die Ausgaben seit 2010 um fast 40 % gestiegen. Auch hier gilt, wir haben neue Gebäude wie z.B. die Volksbank Arena oder bald die Stadtbibliothek. Aber wir haben auch seit einigen Jahren ein Gebäudemanagement. Wir geben viel Geld für energetische Sanierungen, für neue Heizanlagen aus. Die Energiekosten sind auch grundsätzlich auf einem sehr niedrigen Stand. Doch bei dieser Kostenexplosion müssen wir mal sehr kritisch untersuchen, wo überdurchschnittliche Abweichungen sind und wo sich mögliche Einsparpotentiale ergeben.

Bereits die nächsten HH-Jahre zeigen nach der mittelfristigen Finanzplanung deutlich weniger Spielraum für den Vermögenshaushalt (nur noch rd. 50 %). Deshalb sollten rechtzeitig Einsparüberlegungen angestellt werden, bevor wir zu drastischen Einsparmaßnahmen gezwungen werden.

Zur zweiten Frage: Natürlich hat die Verwaltungsspitze einen HH-Entwurf vorgelegt, der die vielschichtigen Aspekte einer Großen Kreisstadt mit 17 Ortschaften berücksichtigt. Die

Investitionen sind flächendeckend verteilt, den Ausgabenschwerpunkten Kindertageseinrichtungen und Schulen, Grundschulen und weiterführende Schulen, wird Rechnung getragen. Die Wohnbau- und Baulandentwicklung ist angesichts einer Zuzugssituation und damit auch positiver Auswirkungen auf die Finanzsituation der Stadt mehr Beachtung zu schenken. Nicht zu vergessen die Pflegeheimsituation. Neuere Studien belegen, dass angesichts des demografischen Wandels auch in unserer Stadt ein höherer Platzbedarf ist. Auch im sozialen Wohnungsbau muss im Rahmen der Möglichkeiten investiert werden. Nicht zu vergessen die Flüchtlinge. Die Stadt Rottenburg schafft hier mit OB Neher an der Spitze, aber auch mit der Geschlossenheit des GR, eine vorbildliche Unterbringungssituation im Kreis Tübingen. Hierfür möchte ich unserem OB ausdrücklich danken.

Diese Liste an notwendigen Aufgaben und Maßnahmen könnte fortgesetzt werden.

Es wird aber bereits jetzt klar, es ist kein leichtes Unterfangen allen Wünschen gerecht zu werden. Und jetzt kommt auch noch der GR mit Wünschen. Es ist aber wie mit einer Bettdecke, egal an welcher Ecke man zieht, entsteht anderswo eine Lücke. Und Deckungsvorschläge, durch die schon geplante Vorhaben durch neue Vorhaben in künftige Jahre verschoben werden, sind keine Deckungsvorschläge. Die dadurch verschobenen Ausgaben in die folgenden Jahre sind dadurch auch nicht gegenfinanziert.

Zum Zeitpunkt der HH-Beratungen können wir als GR also nur die Rücklagen bis auf das gesetzliche Minimum in Anspruch zu nehmen, Schulden machen, was keiner wirklich will, oder Vorhaben gegen andere ganz zu streichen, was natürlich auch nicht einfach ist.

Deshalb hat sich die CDU-Fraktion mit einem Antrag für die Schaffung einer Stelle eines Sportkoordinators begnügt.

Gleichwohl sind wir mit der aufgezeigten Situation nicht zufrieden und erwarten bei den künftigen Haushalten, dass die Beteiligung des GR bereits wieder zu einem frühen Zeitpunkt erfolgen wird, damit gewünschte Rahmenbedingungen bereits im HH-Entwurf konkretisiert werden können.

Die CDU-Fraktion bedankt sich bei allen, die an der Erarbeitung dieses Haushaltsplanentwurfs mitgewirkt haben, sehr herzlich, insbesondere beim verantwortlichen Bürgermeister, Herrn Derbogen und seinem Kämmerer, Herrn Meßmer mit seinem Team.

Die CDU-Fraktion trägt den Haushalt 2016 mit.

SPD – Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrte Damen und Herren
Nachdem ich mir die Rede vom letzten Jahr angeschaut hatte, dachte ich mir, ich könnte es mir leicht machen und diese – mit wenigen Ausnahmen – einfach übernehmen. Es ging dort um die vielen Wünsche und Vorschläge der Verwaltung, der Ortschaften und des Gemeinderats, um das viele Geld, das scheinbar vorhanden ist und um immer neue Rekordmarken. In diesem Jahr haben wir die Rekordmarke erneut gesteigert, nämlich auf 115 Mio. € und bei dieser Summe sind noch lange nicht alle Wünsche des Gemeinderats und der Ortschaften eingearbeitet.

Und auch vor einem Jahr hatte ich den Hinweis auf die Unsicherheiten, auf die vielen kriegerischen Konflikte und terroristischen Anschläge und damit verbunden die Aufforderung, unsere Rücklagen so wenig wie möglich anzugreifen. Und was tun wir?

Wir haben uns im laufenden Jahr nicht daran gehalten und entnehmen - trotz des Geldsagens in diesem Jahr und der günstigen November Steuerschätzung – sehr viel Geld aus unseren Rücklagen. Sicher, wir können stolz sein, denn wir brauchen – wenn alles so eintrifft wie geplant - keine neuen Kredite aufnehmen und können Schulden abzahlen.

Doch in diesem Jahr kommen noch neue Unbekannte auf uns zu: wir wissen nicht, wie viele Flüchtlinge im nächsten Jahr kommen werden, wie viel Geld der Kreis und auch wir in Rottenburg dafür benötigen – und niemand weiß, ob die wirtschaftliche Situation weiterhin so stabil bleibt. Natürlich kennen wir Aussagen wie: wenn nicht jetzt, wann dann? Aber stimmt das? Alles, was wir in 2016 planen oder mit dem Bau beginnen, muss auch in den folgenden Jahren fortgesetzt und betrieben werden – und wir haben dann kaum Spielraum für absehbare wie auch unvorhergesehene Ausgaben- wie weitere Investitionen in Schulbau z.B. im Kreuzerfeld, in den mehr als notwendigen Sozialen Wohnungsbau und einen ziemlich sicheren erneuten Anstieg der Kreisumlage, um nur einige wenige zu nennen. Darum sind wir dafür, die Planung der Schule in Hailfingen um ein Jahr zu verschieben, denn die Kosten für eine grundlegende Renovierung oder einen Neubau sind sowieso erst in 2018 bilanziert. Ebenso möchten wir den Kauf des unter Denkmalschutz stehenden Teils des ehemaligen Bauhofes /Künstlerhofs um ein Jahr verschieben. Wir sollten uns vor einem Kauf Gedanken machen, was wir als Stadt mit diesem Gebäude tun wollen und was an Investitionen auf uns zukommt. Wir haben schon genügend Gebäude, bei denen wir tatsächlich notwendige Renovierungen verschieben, oder nicht neu bauen, weil wir scheinbar kein Geld haben. Ein Widerspruch, meinen sie? Nein, es hängt immer davon ab, wer etwas will, wer vorplanen kann und wer – wie die Verwaltung - alle erfreulichen Zuwächse wie die neuen Gelder der Schlüsselzuweisungen des Landes - sofort verplant und die Fraktionen und Gruppierungen diese daher nicht als Deckungssummen für ihre Vorschläge nehmen können.

Natürlich gewichtet jede Fraktion ihre Interessen anders. Wir sehen auch die dringende Aufgabe des Sozialen Wohnungsbaus, wollen aber jetzt keine Million dafür einsetzen. Wir fordern die Verwaltung auf, verbindlich im ersten Halbjahr im Gemeinderat die Frage nach einer städtischen Baugesellschaft zu diskutieren – ähnlich dem Modell von Tübingen. Natürlich brauchen wir dann dafür auch ein Startkapital, aber wir meinen, wir müssen zuerst wissen, was wir wollen und dann

erst muss das Geld zur Verfügung gestellt werden, alles andere ist nicht realistisch. Bis dahin müssen wir darauf achten, dass bei allen zukünftigen Bauwünschen auch in den Ortschaften der Soziale Wohnungsbau nicht vergessen wird.

Wir verstehen auch die gewünschten Planungsdaten für ein zweites Jugendhaus. Seit Jahren reden wir davon und werden auf den Schlachthof verwiesen. Es macht auch Sinn, dass in dem großen Gebäude ein Jugendhaus mit Proberäumen für Bands eingeplant wird – doch auch hier brauchen wir klare Aussagen über einen überschaubaren Zeitraum. Wir wollen nicht immer getröstet werden und die berechtigten Wünsche junger Menschen nicht immer verschieben, sondern Perspektiven aufzeigen. Daher ist es wirklich notwendig, eine Stadtplanung anzugehen und zwar mit dem Gemeinderat, um auch die Fragen nach einem Nachbarschaftstreff im Kreuzerfeld oder die weitere Gestaltung des Schänzles auszuloten und die Kosten in den Folgejahren einzuplanen. Auch hier möchten wir bald möglichst einen Planungstag, damit der Gedanke der Stadtplanung nicht im Alltagsgeschäft untergeht, die vorgeschlagenen 8000.-€ der Linken könnte man gut dafür einsetzen.

Doch nicht nur die Jugend muss gehört werden, es ist auch wichtig, weitere Anstrengungen für neue und würdige Bestattungsformen zu finden. Daher fordern wir in 2016 eine Planungsrate für eine Leichenhalle mit Aussegnungsraum im Friedhof Klause. In einer sich ständig verändernden Gesellschaft muss auch auf nichtreligiöse Bürgerinnen und Bürger Rücksicht genommen werden.

Offensichtlich wird in 2016 nun auch mit dem Bau der B 28a begonnen, auch wenn nicht alle Kiebingen dies akzeptieren. Wir finden es müßig, immer wieder die Frage zu diskutieren, wer „Schuld“ daran habe, dass die sicher sinnvolle Tieferlegung nicht kommt. Alle Verantwortung der Stadt zu zuschieben, ist sicher zu einfach. Wir wollen nach vorn schauen und finden es berechtigt, dass Kiebingen einen Zugang zum Bahnhof von der Dorfseite her braucht. Da bei einem künftigen Bau der Regionalbahn Kiebingen sehr wahrscheinlich ein zweites Gleis benötigt, ist es sinnvoll, mit dem Bau eines innerorts gelegenen Aufgangs noch zu warten. Wir würden daher den Antrag von Kiebingen dahin verändern, die gewünschte Summe im Finanzplan „in späteren Jahren“ weiterhin zu berücksichtigen.

Wir haben also Einiges zu tun im kommenden Jahr und möchten uns schon im Voraus bei allen Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung, der Stadtwerke, der Hospitalstiftung wie auch der Kindertagesstätten und Jugendarbeit bedanken, die bei ständig steigenden Anforderungen und Erwartungen ihr Aufgaben fachlich kompetent und freundlich erfüllen.

Wir als Gemeinderat können und müssen die Rahmenbedingungen für ein gelingendes Miteinander in der Gesamtstadt schaffen. Ausfüllen und lebenswert machen es die Vereine und all die vielen Ehrenamtlichen, seit Wochen vor allem auch die vielen Helfer bei der Betreuung der Flüchtlinge. Sie alle schaffen mit ihren Aktivitäten, dass Rottenburg eine lebens- und liebenswerte Stadt bleibt und auch die Integration der Flüchtlinge schneller möglich wird. All dies wollen wir gern auch mit Geldern aus dem Bürgertopf unterstützen. Für ihren ehrenamtlichen Einsatz und die vielen ehrenamtlich geleisteten Stunden möchten wir herzlich Dank sagen und sie alle bitten, weiter zu machen für ein offenes, freundliches Gesicht von Rottenburg.

Freie Bürger/FDP

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Sehr verehrte Damen ,sehr geehrte Herren

Spare in der Zeit , dann hast Du in der Not. Dieses Motto gilt so scheint es, nicht für Rottenburg. Bei einer Investitionssumme von fast 25 Millionen € im Jahr 2016 geht es nicht ohne Eingriff in die notwendige Rücklagenkasse. Ca. 2,5 Mio. weniger Zuweisung zum VmH erfordern 2 Mio. mehr Rücklagenentnahme für diese hohen Investitionen. Was aber nicht lustig ist, ist die Reduzierung der Rücklagen auf das gesetzliche Minimum. Gäbe es diese Vorschrift nicht, man wäre vielleicht auf Null herunter gefahren. Das Volumen eines Haushaltsplanes ist gleich zu setzen mit dem Umsatz eines Unternehmens und sagt nichts über die Gewinnoptimierung aus. Die höheren Einnahmen durch die Schlüsselzuweisungen auf Grund der November-, schätzung werden durch die höhere Kreisumlage wieder zur Hälfte verbraucht.

Aus diesem Grund müsste man doch noch manche Investitionen hinaus schieben, z.B das Schänzle. Da gebe ich dem Kollegen Dr. Cuno recht ,das mit dem Zufluss aus dem Neckar in den Mühlgraben muss man sich tatsächlich noch überlegen und bei einem Gesamtbetrag von 2,5 Mio. kann so ein zusätzliches Schott nicht die Welt bedeuten.

Beim solange für die Radfahrer ersehnten Radweg von Dettingen nach Offerdingen hätte man auch Geld einsparen können, wenn man den Radweg auf den Damm entlang der Landstrasse gelegt hätte. Aber auf Nachfrage ist die Krone des Dammes zu schmal ,ca .1 m breit.

Dass die Teilorte mit dem HHP 2016 überwiegend zufrieden sind, ist anerkennenswert. Der Schulanbau in der Grundschule Schwalldorf/Frommenhausen ist richtig , vorausgesetzt es werden weiterhin keine Schulkinder abgeworben.

Einen Antrag zu stellen über die Senkung der Grundsteuer B ist auch in besseren Haushaltsjahren zwecklos, weil die Einsicht, dass dies auch zur Mietreduzierung dient, nicht vorhanden ist.

Unsere Fraktion hat bei der ersten Planung am Bermuda Dreieck nach gefragt, ob dort eventuell auch ein Jugendhaus mit eingeplant werden könnte, die Antwort war , dass man einen anderen Standort im Auge habe. Es sieht bisher nicht danach aus. Warum in der Kernstadt das Jugendhaus voll finanziert wird und in den Teilorten nur ein Anteil davon, ist bei den Ortschaften nicht nachvollziehbar.

Der Schlachthof muss unbedingt als solcher erhalten bleiben, auch wenn höhere EU Standards noch gefordert werden sollten, weil Regionalität sehr wichtig ist.

Beim Einstellen von Personal ist man auch wieder großzügig. In den Grundschulen werden jetzt auch Schulsozialarbeiter gebraucht, wenn dies der Integration der Flüchtlinge dient, dann ist das in Ordnung. 4 Stellen bei der falsch kalkulierten Stadtbibliothek ,deren Kinder-und Jugendbuchabteilung jetzt die Mediathek des Eugen-Bolz Gymnasium übernehmen muss.

Wenn die Eltern der Kindergartenkinder nur 20% von den Kosten eines Kindergartens mit ihren Beiträgen übernehmen, braucht man kein beitragsfreies Kindergartenjahr einführen. In den letzten Jahren wurden für die Eltern viele Zuwendungen eingeführt und zum Teil auch erhöht.

Wegen der hohen Anzahl an Asylanträgen, wollen wir im Bürgerbüro eine 50% Stelle beantragen.

Wie vor 2 Jahren wollen wir, dass es einen Busverkehr, wie in unserem Antrag dargestellt geben soll. Begründung: Nicht alle Linien haben bei den Bussen die Neigetechnik und nicht alle Haltestellen Kasseler Borde, also sind nicht barrierefrei. Ausserdem trauen sich Ältere diese Fahrt alleine nicht zu, da wäre dann unser Alternativantrag für eine Begleitperson bis zur Endstation.

Außerdem wollen wir für den Stadtteil Kiebingen noch 2 Geschwindigkeitsmesstafeln.

Als Gegenfinanzierung unserer Anträge schlagen wir einen späteren Einschaltzeitpunkt der Straßenbeleuchtung vor. Aber nicht die Helligkeit der Lampen vermindern sondern den Schaltsensor um ein oder 2 Lux niedriger einstellen macht ca. 1-2 Min. späterer Einschaltzeitpunkt. Und das Einschränken der Mäh- und Mulcharbeiten entg. landw. Feldwege.

Vielen Dank für die Ersteller des HHP 2016 und deren Mitarbeiter

Danke auch fürs Zuhören

Alfons Heberle

Zur Verabschiedung des Haushaltsplans 2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Neher,
meine Damen und Herren,

Haushaltsberatungen sind immer auch der genaue Blick auf die eigene Stadt, auf Chancen und Möglichkeiten der Entwicklung und Verbesserung. Und ich glaube, dass es unter uns einen weitgehenden Konsens darüber gibt, dass es unserer Stadt gut geht. Finanziell gesehen haben wir reichlich Spielraum und dass von 17 Teilorten nur einer Nachmeldungen einreicht, zeigt das ebenfalls.

Aber nun brach in unser scheinbar wohlgefügtes Gemeinwesen die Weltpolitik mit aller Macht ein. Durch die hohen Flüchtlingszahlen war plötzlich nichts mehr so wie es vorher war. Zuerst war da Unsicherheit, dann aber überwog die enorme Hilfsbereitschaft und das tatkräftige Handeln vom einzelnen Bürger bis zur Verwaltungsspitze. Auch wenn es schon mehrfach gesagt wurde: ich bin sehr zufrieden wie die schwierige Lage in unserer Stadt, hier allen voran OB Neher, und im Landkreis gemanagt wurde. Wir werden auch im nächsten Jahr einiges an Zeit, Tatkraft und Geld in die humane Unterbringung und Integration von Flüchtlingen investieren müssen, aber ich bin zuversichtlich, dass es uns gelingen wird.

Bevor ich mich dem Rottenburger Haushaltsplan zuwende, möchte ich den Blick auf den Abschluss der UN-Klimakonferenz in Paris lenken. Die Ergebnisse sind auf den ersten Blick sehr positiv gewertet worden, aber die Realität ist doch viel ernüchternder: erst in 5 Jahren greifen die Verpflichtungen, jedes Land kontrolliert selbst die eigenen Ziele und eigentlich ist die 1,5-Grad-Marke schon uneinholbar überschritten. Trotzdem: die Konferenz rückte den Klimawandel wieder massiv in den Blickpunkt.

Und wie an den Rändern der Welt die Folgen heute schon aussehen, konnte man im Film Thule - Tuvalu sehen, der am Mittwoch im Waldhorn lief. Er zeigt, wie in Grönland das Eis und damit die Existenzgrundlage der Inuit schmilzt und wie die abschmelzenden Wassermassen das Leben der Inselvölker im Pazifik durch Überflutung ihrer Inseln existentiell bedrohen, wie gesagt, nicht in weiter Zukunft, sondern heute schon. Besonders bitter: es leiden diejenigen, die überhaupt nicht am hohen CO₂-Ausstoß beteiligt waren. Auch aus Gerechtigkeitsgründen muss Klimaschutz die Aufgabe jedes Einzelnen und der Kommune und des Staates sein, nur so werden wir die Klimaziele erreichen können. Jede Maßnahme, die wir als Gemeinderat beschließen, muss auf diesem Hintergrund befragt werden.

Und um nun ganz konkret wieder auf Rottenburg zu kommen: uns Grünen ist nicht wohl bei der Ankündigung neuer Baugebiete. Einerseits sehen wir den Druck durch den starken Zuzug und die Verpflichtung der Anschlussunterbringung. Aber andererseits gibt es in der Kernstadt und in den Teilorten immer noch jede Menge Baulücken, an die man durch fehlende Bauverpflichtung in früheren Zeiten nicht herankommt. Wir alle sind verpflichtet, zu verhindern, dass wieder Streuobstwiesen und landwirtschaftliche Flächen geopfert werden. Denn wir wissen alle, dass damit

wieder an einem Stellschräubchen zuungunsten des Klimas und der Eigenversorgung gedreht wird.

Gibt es denn wirklich keine Möglichkeit diese toten Baulücken zu aktivieren?

Nun zur Erläuterung unserer Anträge.

Auf den ersten Blick hat unser Antrag für die Beleuchtung des Festplatzes hinter der Festhalle nichts mit Klimaschutz zu tun, es wird sogar Energie verbraucht. Aber wenn man Busreisen und Fahrgemeinschaften zur Vermeidung des individuellen Autoverkehrs befördern möchte, dann müssen die Randbedingungen stimmen. Wir Grüne sind aus ökologischen Gründen gegen die Asphaltierung des Parkplatzes, aber dann muss man die Unebenheiten wenigstens sehen können, außerdem vermittelt die Beleuchtung ein Gefühl der Sicherheit. Im digitalen Zeitalter sollte es eigentlich kein Problem sein, die Beleuchtung bedarfsgerecht zu steuern, so dass nicht die ganze Nacht beleuchtet werden muss.

Wie die Jungen Aktiven sind auch wir Grüne der Meinung, dass die Jugendlichen Rottenburgs in ihrer Freizeit nicht genügend Aufenthaltsmöglichkeiten haben. Ein zweites Jugendhaus wäre super, aber der angedachte, ideal gelegene Platz am Schlachthaus steht eben noch nicht zur Verfügung. Angeregt durch die Jugendlichen stellen wir deshalb den Antrag, die Möglichkeiten zu untersuchen, die bestehende Töpferwerkstatt zu einem Proben- und Festlesraum umzubauen.

Unser dritter Antrag möchte einen der baulichen Mängel im Eugen-Bolz-Gymnasium angehen: es gibt keinen hygienischen und vorschriftsmäßigen Sanitätsraum. Dem könnte abgeholfen werden, wenn der Kopierraum verlegt wird und zwar in einen Abschnitt im Flur des 1. OG, der positiverweise auch noch durch Fenster zu belüften ist.

Ich muss eingestehen, dass wir in unserem Antrag für das EGB zu zögerlich waren, Wenn wir die Eberhardstraße zurückstellen; können wir auch noch die Folgen des Klimawandels etwas mildern. Wenn man an den heißen Sommer in diesem Jahr zurückdenkt, dürfte die Zustimmung zum Sonnenschutz und der Belüftung des PC-Raums eigentlich keine Frage sein. Insofern schließen wir uns dem Antrag der Linken zur Ausführung aller drei Maßnahmen im kommenden Jahr an.

Der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsplanentwurf ist ausgewogen, stellt fast alle zufrieden, hat allerdings den Makel, dass tief in die Rücklagen gegriffen werden muss. Ob wir uns das leisten können, wir sich erst in der Zukunft zeigen. Dass wir uns aber wünschenswerte Maßnahmen (wie das beitragsfreie Kindergartenjahr); die mehr als 500 000 Euro erfordern würden, nicht leisten können, ist klar ersichtlich. Weil wir Grüne das Motto unseres Parteitags am letzten Wochenende „Grün aus Verantwortung“ auch kommunal ernst nehmen, müssen wir auch Anträge ablehnen, wenn wir der finanziellen Verantwortung gerecht werden wollen.

Ich möchte enden mit dem Dank an die gesamte Verwaltung für die gute Zusammenarbeit, ganz besonders aber Herrn Meßmer und Frau Katz, die auch in diesem Jahr wieder dafür gesorgt haben, dass die Pläne und Vorlagen rechtzeitig und gut aufbereitet an den Gemeinderat gingen.

Haushaltsrede der Jungen Aktiven 2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Verwaltungsspitze, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wer dachte wir hätten letztes Jahr den Rekordhaushalt verabschiedet, wurde dieses Jahr eines Besseren belehrt.

Wir sind froh, dass momentan viel in unsere schöne Stadt investiert werden kann, nicht zuletzt aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage. Dennoch sollten wir uns alle dessen bewusst sein, dass es nicht immer so weiter gehen kann. Gerade uns Jungen ist es wichtig, dass sinnvoll und sorgsam gehaushaltet wird, da es nicht zuletzt unsere Zukunft betrifft.

Wir dürfen jedoch nicht nur unsere Zukunft, sondern müssen auch die Zukunft derer, die momentan bei uns um Hilfe ersuchen, im Blick haben.

Wir sind froh, dass unsere Stadt, unser Gemeinderat und insbesondere auch unsere Verwaltungsspitze die aktuelle Situation nicht als Problem, sondern als Herausforderung sehen und auch nicht davor zurückschrecken Investitionen zu tätigen. Wir von den Jungen Aktiven sind uns diesbezüglich unserer Verantwortung bewusst und tragen dieses Vorgehen und diese Herangehensweise gerne mit.

Gleich zu Beginn des neuen Jahres starten wir mit der Verwirklichung eines großartigen Projekts -der Stadtbibliothek-.

Wir freuen uns auf dieses Vorhaben da hiermit endlich ein zentraler Ort entsteht, an dem Jedermann nicht nur auf klassische Medien, sondern auch auf moderne zugreifen kann. Deshalb begrüßen wir es auch, dass das von uns geforderte freie W-LAN nicht nur in der Bibliothek, sondern bereits vor dem Bau von dieser an wichtigen Plätzen unserer Stadt umgesetzt wird.

Was unserer Meinung nach jedoch noch fehlt und uns ein großes Anliegen ist, ist die Neukonzeptionierung des Jugendhauses.

Das aktuell bestehende Jugendhaus Klause befindet sich in einem für uns nicht akzeptablen Zustand. In einer Stadt mit so vielen Jugendlichen, die sich auch als Schulstadt einen Namen gemacht hat, kann es nicht sein, dass es keinen konkreten Plan zur Gestaltung eines Gebäudes gibt.

Insbesondere macht es unserer Meinung nach wenig Sinn regelmäßig Geldes einzustellen um akute Baustellen zu beseitigen. Vielmehr sollten wir innerhalb eines konkreten Plans Investitionen sinnvoll tätigen. Wir brauchen einen Ort an dem sich unsere Jugend treffen kann, sich gerne aufhält, eine geschützte Möglichkeit hat zu feiern und unser engagierte und qualifizierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen genug Raum haben entsprechend arbeiten zu können.

Deshalb hoffen wir auf Ihre Unterstützung für unsere Planungsrate zur Neukonzeptionierung eines Jugendzentrums und freuen uns jetzt auf eine gute und produktive Haushaltsdebatte.

Vielen Dank!

Haushaltsrede der Wählerinitiative Rottenburg am 14.12.2014

An Kindern, Enkeln und z.B. der Verabschiedung des Haushalts merkt man, wie die Zeit vergeht. Als letzte Fraktion zu sprechen erspart aber Zahlenspiele.

Haushaltsrecht Königsrecht des Gemeinderats? Ein seitens der Verwaltung sogar mit den erhöhten Steuerzuweisungen etc. voll durchgeplanter Haushalt enttäuscht. Ironisch schlug diese vor, deswegen keine Haushaltsanträge zu stellen. Warum stellt man diese Zusatzeinnahme von 760.000 € nicht freiwillig den Haushaltsanträgen der Fraktionen zur Verfügung? Unsere Anfrage auf interfraktionelle gemeinsame Haushaltsanträge ist erneut gescheitert. Im schwarzrotgrünen Antrag 1 wird es praktiziert. Schade.

2016 ist ein Investitionsvolumen von 24,31 Mio € verplant. Hohe Steuereinnahmen begründen das. Die Höhe der Gewerbesteuer ist aber unsicher. Erste Indikatoren weisen auf einen möglichen Rückgang der Einnahmen hin. WiR haben für diese Bauplanung mit der Rücklagenentnahme von 4,61 Mio € auf die Mindestreserve von 1,73 Mio € erhebliche Bedenken. Die erste Wahlperiode des OB endet - wegen der Wahl ? - mit einer wahren Investitionsorgie. Warum nicht antizyklisch sondern zu Bauboomzeiten so investiert wird, ist zu hinterfragen. Spare in der Zeit, so hast du in der Not !

WiR halten die Trennung der Hohenbergschule in eine Grund- und Gemeinschaftsschule nach wie vor für einen Fehler. Ansonsten ist die Stadt mit ihrem Schulangebot bestens, mit dem Kindergartenangebot sehr gut aufgestellt. Mit der zeitlichen Flexibilität für arbeitende Eltern, Alleinerziehende, Schulferien und einer unterschiedlichen Handhabung der Übergangszeit von Kindergarten- zu Schulkindern hapert es allerdings enorm. Die Stadt sollte über ein Mitspracherecht auch bei kirchlichen Trägern nachdenken. Bei den Summen, die sie zahlt, sollte sie sich dazu verpflichtet fühlen. Heißt es nicht, wer zahlt, schafft an ? Im kath. Kindergarten St. Michael läuft es anders, als es von einigen hier schön geredet wird.

Die auch seitens der WIR seit Jahren gewünschte Stadt -bibliothek kommt. WiR zweifeln aber nach wie vor die Richtigkeit des eingeeengten Standortes am Verwaltungs- zielort Königstrasse an. Leider war die Verwaltung nie wirklich bereit, mögliche Einsparungen durch Synergieeffekte mit der VHS in jeder Beziehung ernsthaft zu überprüfen. Übrigens sprach man bei Planungsbeginn von 6 Mio € Baukosten inklusive der Einrichtung. Jetzt wird letztere separat verabschiedet !

Ein Verkehrsgutachten wurde erstellt. Vielleicht sachlich richtig, gefühlt und erlebt ist anders. Verkehrsprobleme Richtung Burgäcker werden nicht gelöst. Schulen wie die CJLS werden in diesem Areal ausgebaut. Nach ihrem Ausbau wird die Wegentalstrasse mit angeblich nur 15 mehr PKW angefahren sagt das Fachbüro. Bei Hochrechnung auf zweimalige Zu- und Abfahrt sind es 60 zusätzliche Fahrten pro Tag. Ein Baugebiet Burgäcker III steht wegen der Verkehrsproblematik in den Sternen.

Schuldenfreiheit im Kernhaushalt. " Rentierliche" Schulden der SER, die über Gebühren getilgt werden, sind, wie das aktuell genehmigte dauerhafte kreditähnliche Rechtsgeschäft im zu teuer erworbenen DHL Gelände Schulden. Die geplante Ansiedlung von Märkten und örtlichem Gewerbe, entsprechend der Planung der Klausurtagung dazu, entwickelt sich zum Flop. Das angedachte Einkaufszentrum schrumpft. Durch die Ablehnung eines großen Lebensmittlers als Zugkraft anderer Märkte zugunsten eines kleinen im Kreuzerfeld lähmen wir uns selbst. RP und Regionalverband tun durch ihre

Restriktionen ihr Übriges dazu. Tübingen, Reutlingen, Metzingen werden gefördert. Kleine Gemeinden haben für ihre Entwicklung Probleme. Wo ist die freie Marktwirtschaft?

Außer Kiebingen sind die Teilorte mit dem Ergebnis ihrer Haushaltsanmeldungen zufrieden. Die dortige Haltepunktverlegung auf die Südseite der Gleise, der Lärmschutz an der Durchgangsstrasse (*und was ist mit dem in Wurmlingen?*), Wünsche zur Halle (ein 4. Hallenkonzept muss her) und die Tieferlegung der B28 neu sind wünschenswert, wegen der hohen Kosten von der Stadt nicht realisierbar. *Die Fehlplanung ist dem Teilort und den Bürgermeistern vor Ihnen, Herr Neher, anzulasten.*

Allem Widerstand zum Trotz ist das Gemeinschaftshaus in Kiebingen vorerst gelungen. Die finanziell vom Gemeinderat abgesegnete Unterstützung schafft Nachahmer. Die Stadt sollte langfristig diese Art der dörflichen Selbsthilfe finanziell mit einplanen. Eine Entlastung der Stiftungsheime ist damit denkbar. Der Verbund Hospitalstiftung / Sozialstation kann seine Erfahrung mit der ambulant / stationären Pflege einbringen.

Was fehlt? – Stadtvisionen- Die strategische Planung eines neuen Gewerbegebiets in der Kernstadt. Ergenzingen ist nicht die Lösung für kleine und mittelständische Betriebe. – Die strategische Planung für Baugebiete. Die Teilorte planen erstmal selbst. Und die Kernstadt? WiR fordern dazu eine Klausurtagung. Da eine Planungsrate im Haushalt für diese Dinge steht, verzichteten wir auf eine Planungsrate dazu. – Eine Art Ortschaftsrat für die Kernstadt. – Die Entwicklung von Landschaftsschutz - gebieten Trichter und Altstadtkirche. – Die dauerhafte Benutzung der E- Bikes. – Ein Masterplan für Verkehr. Brauchen wir wirklich hier bei tags sehr guten Busverbindungen den Wahnsinn einer Regionalstadt - bahn? Die Anbindung Ergenzingen an den VVS - zur Zeit abgehängt zwischen zwei Verkehrsverbänden und künftig einem schlechten Zugfahrplan - wäre viel wichtiger.

Was scheint zu gelingen? Das Gemeinschaftshaus im Kreuzerfeld am Sportplatz. Auch wenn es einigen dort nicht passt. WiR hoffen auf die Zuschüsse. WiR hätten es lieber gesehen, wenn alle Beteiligten mitgezogen hätten.

Die Planung "Unser Neckar" schreitet mit der Renaturierung des Neckars voran. Die Gestaltung der äußeren Neckarhalde ist gelungen, anzuzweifeln aber ist die derzeitige Planung im Schänzle mit einem hochgepumpten Rinnsal von Mühlkanal ohne Sauerstoff, über dessen Einbringung das Architekturbüro jetzt nachdenkt. Fachleute! Vorschläge des AK Stadtbilds mit einem sinnvoll gestalteten offenen Mühlkanal verpuffen. *Wie immer. Welche Ironie!* WiR wünschen uns, wie ein Großteil der Bevölkerung, eine sinnvolle Lösung für Jung und Alt. Sportgeräte forderten WiR vor zwei Jahren, wurden aber auf die Neugestaltung vertröstet. Gelungen ist auch die Einrichtung des seit einigen Tagen funktionierenden öffentlichen WLANs.

Gelingen muss zur Zeit nicht das Lichtkonzept. Das kann warten. *Warum auch die heute erneut von mir befahrene Hindenburgstrasse in Seebron ausgebaut werden muss, erschließt sich mir nicht.*

Steuererhöhungen sind derzeit kein Thema. Die einst zugesagte Senkung der Grund - Steuer wird auch jetzt von Herrn Neher nicht angestrebt. *Was interessiert das Geschwätz vom Vorgänger.*

Dieser Haushalt macht wegen des hohen Investitionsvolumens nicht nur Freude. Die finanziellen Herausforderungen sind nur mit einer erheblichen Rücklagenentnahme lösbar. Ich behalte mir die Zustimmung vor. Es gilt das gesprochene Wort.

Vielen Dank.

Dr. Peter Cuno, WiR Fraktionsvorsitzender

Haushaltsrede 2015 (Dr. Emanuel Peter, Die Linke)

Herr Oberbürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen!

Glaubt man den Worten von Herrn Neher, so haben wir einen Haushalt der Rekorde vor uns: Im Jahr der Oberbürgermeister-Wahlen werden Rekordinvestitionen von 26 Millionen ohne neue Kredite geplant, die Gesamtinvestitionen 2017-2019 sollen 41 Mio. Euro betragen.

Diese Rekorde sind zwei Dingen geschuldet: Im Gefolge der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1930 wurden nach 2008 unter dem Motto „Nur ein magerer Staat ist ein guter Staat“ ein skandalöser Personalabbau und eine Ausweitung der Niedriglöhne betrieben. Notwendige Investitionen in der öffentlichen Daseinsvorsorge wurden gekürzt. Ein Teil der Verwaltungskrise, die aktuell eine durchorganisierte Flüchtlingsaufnahme behindert, ist dieser falschen Politik geschuldet. Sie verhindert eine schnelle Integration, obwohl Flüchtlinge das beste „Investitionsprogramm“ seit Jahren auslösen, wie uns ein DRK-Verantwortlicher in Ergenzingen sagte. Der zweite Grund sind Rekordsteuereinnahmen, die höchsten seit Ende des Zweiten Weltkriegs.

Unter diesen Rahmenbedingungen sehen wir den vorliegenden Haushalt als vorweihnachtliche Disharmonie von überfälligen Nachholinvestitionen, falscher Prioritätensetzung und verpassten Chancen an. Wir unterstützen überfällige Investitionen im Schulbau, im Ganztagsunterricht und in der Schulsozialarbeit. Wir kritisieren aber die weitere Verschleppung dringender Sanierungen im EBG und an der Hohenberg-Schule und stellen dafür Anträge. Wir unterstützen vollen Herzens die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen im Hammerwasen und die Ausweisung eines Teils des DHL-Geländes als neues Wohngebiet für preiswerten Mietwohnungsbau. Denn Flüchtlinge und Menschen in prekären Lebensbedingungen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, auch weil Rechtsextreme sonst leichtes Spiel hätten.

Allerdings zeigt uns der neue Wohnbaulandbericht der Stadt, dass 150 geplante preiswerte Wohnungen auf dem DHL-Gelände in keiner Weise das jahrelange Problem von jetzt 300 Personen und ihren Angehörigen mit Wohnberechtigungsschein lösen werden. In seltener Offenheit heißt es im städtischen Bericht: „Dies alles reicht nicht aus.“ Schon vor der aktuellen Flüchtlingszunahme hat der private Wohnungsmarkt versagt, genügend bezahlbaren Wohnraum für Alleinstehende, für Arbeitslose, für kinderreiche Familien, ja sogar für Fachkräfte bereitzustellen. Deshalb ist es Aufgabe der Stadt – unsere Aufgabe – mehr öffentliches Geld für den Wohnungsbau für diese Bevölkerungsgruppen zur Verfügung zu stellen, damit sich die soziale Schieflage nicht gefährlich zuspitzt.

Wir wollen einen kommunalen Wohnungsbau, mit dem die Stadt nachhaltig kommunales Eigentum schafft. Letzte Woche waren sich SPD, Grüne, Linke und FDP im Kreistag einig, die Kreisbau mit mehr Kapital zu stärken und dafür in den jeweiligen Kommunen als Anteilseigner Haushaltsanträge zu stellen. Wir sind dafür, sowohl die Kreisbau zu stärken und als auch genügend Geld für die Eigeninitiative unserer Stadt vorzusehen. Dies darf nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern muss begleitet werden durch eine breite Diskussion über die Stadtentwicklung. Wir wollen keinen Wildwuchs in Teilorten und der Kernstadt, denn Wohnland für Neubauten ist begrenzt. Deshalb schlagen wir einen Workshop unter Einbeziehung von Fachleuten, Sozialverbänden und interessierten Einwohnern vor. Allerdings brauchen wir kei-

ne Feigenblatt-Veranstaltung wie bei den Planungswerkstätten für das Haus der Nachbarschaft im Kreuzerfeld-Süd und für das Schänzle. Diese Fehlentscheidungen belegen, dass die Stadt anscheinend nur dann investiert, wenn sie irgendwo Bundes- oder Landeszuschüsse abgreifen kann. Den spektakulären Schänzle-Umbau mit Pumpstation für 2,5 Mio. Euro hat Herr Neher in seiner Haushaltsrede noch nicht einmal erwähnt. Dies zeigt, zu welcher falscher Prioritätensetzung ein übereiltes Hauruckverfahren führt.

Eine öffentliche Diskussion und ein Workshop zur Stadtentwicklung können helfen, verpasste Chancen zu korrigieren, zum Beispiel das gesamte DHL-Gelände in ein ansprechendes Wohnviertel mit guter sozialer Mischung zu entwickeln und für Stadtviertel eine soziale Infrastruktur bereitzustellen, die Menschen aller Altersgruppen und Menschen mit Behinderung integriert. Das ist der Sinn eines Hauses der Nachbarschaft, das nicht an einen Sportplatzrand, sondern ins Zentrum eines Wohnviertels gehört. Damit hätte Rottenburg die Chance auf ein innovatives Modellprojekt im Interesse der Gesamtstadt. Doch nicht nur im Kreuzerfeld-Süd, auch in Kiebingen hat die Verwaltung die Einwohner mit dem prekären Ausbau der B 28a im Stich gelassen, statt partnerschaftlich nach einer tragbaren Bauvariante zu suchen. Das nennen wir „Verwalten statt bewusst politisch gestalten“!

Herr Oberbürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen!

Unsere Stadt und unsere Gesellschaft stehen in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen, die umfassende Investitionen in Sachwerte und in Personal erfordern. Deshalb freuen wir uns, dass selbst die Landes-CDU jetzt für ein gebührenfreies Vorschuljahr eintritt, wir bevorzugen allerdings unser Modell eines gebührenfreien, letzten Kita-Jahres und stellen dies als Antrag. Nicht die Flüchtlinge vom Balkan oder aus Nahost sind unser Problem – die teuersten Flüchtlinge sind die legalen und illegalen Steuerflüchtlinge, die unseren Staat jährlich um 100 Milliarden Euro Steuern betrügen.

Deshalb zum Schluss kurz zum Gemeinschaftsantrag von CDU, SPD und Grünen gegen die Grundeinstufung von Erzieherinnen in die Gehaltsstufe 6 statt 4. Wir halten diesen Antrag für einen Affront gegen engagierte Erzieherinnen. Sie treten für gleichen Lohn für gleiche Arbeit ein und wollen nicht länger als „Zweitkräfte“ diskriminiert werden. Deshalb haben sich Erzieherinnen vom Hohenberg und von der Klause an uns Gemeinderäte gewandt. Als Antwort erhalten sie, dass ihre Forderung eine „außertarifliche Freiwilligkeitsleistung“ und im aktuellen Haushalt „nicht darstellbar“ sei. Wir sind der Meinung, dass die Erzieherinnen seit dem Orientierungsplan von 2008 durch ihre Mehrarbeit in Teams, durch Elterngespräche, Entwicklungsberichte für jedes einzelne Kind „eine außertarifliche Freiwilligkeitsleistung“ erbringen, die endlich anerkannt und vergütet gehört. Das passiert schon längst in Nachbargemeinden, im evangelischen Kindergarten in Rottenburg, in der Klause und im Dätzweg. Dort zahlt das Landratsamt jetzt zusätzliche Erzieherinnen in S 6! Unser Antrag auf Einstufung in S6 bedeutet: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, um eine gute Qualität in der Kinderbetreuung zu sichern. Das ist im Interesse der Eltern und der Erzieherinnen.

Unsere Zustimmung oder Ablehnung zum Haushalt machen wir davon abhängig, ob sich die Prioritäten zugunsten einer Lösung unserer großen sozialen und kommunalen Probleme nachvollziehbar verschieben. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!